Ingun Montgomery

Transformationen in Schwedens Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft (Herbst 1934 bis Herbst 1939)

1. Das Verhältnis des skandinavischen Luthertums zum deutschen Protestantismus 1934–1939

Die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur wie auch in Wirtschaft und Politik nach Ende des Ersten Weltkriegs und in der Zwischenkriegszeit zeigen klar, daß das Verhältnis zwischen den beiden Wissenschaftsbereichen Geschichte und Theologie neu durchdacht werden mußte. Der Historismus als historische Methode wurde zu einem Problem für die Theologie. Die Kirchengeschichte hatte eine doppelte Bindung sowohl zur Geschichte als auch zur Theologie als Wissenschaften. In Deutschland nimmt z. B. deshalb die Dialektische Theologie von der Geschichte/Kirchengeschichte heute bewußt Abstand.

In den skandinavischen Ländern waren Anfang 1934 die gesellschaftlichen Voraussetzungen anders als in Deutschland. Demokratie und Parlamentarismus hatten sich hier langsam entwickelt und wurden nie als von außen her aufgezwungen erlebt. Die Länder hatten auch nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen und folglich keine Menschen- und Gebietsverluste oder andere Demütigungen erlitten.

Ein gesamteuropäisches Phänomen stellte jedoch die wirtschaftliche Krise dar, auch wenn sie in Skandinavien nicht so schwerwiegend war wie in Deutschland. In Norwegen wurden, vielleicht als ein Versuch, die Krise zu beheben, 1933 zwei neue politische Parteien gegründet. Es handelte sich um die Christliche Volkspartei und die Nationale Sammlungspartei. Ich gehe hier nicht auf die Christliche Volkspartei ein, die heute noch besteht und jetzt die Leitung der Regierung innehat.

Die Nationale Sammlungspartei entstand aus dem Mittelstand, in dem zu dieser Zeit Angst vor dem radikalen Sozialismus der Arbeiterpartei herrschte. Im ersten Parteiprogramm von 1933 ist die faschistische Ideologie eher moderat, und das Programm kann als ‚ein Lösungsmodell der Frustrierten‘ charakterisiert werden. Der Mittelstand fühlte sich zu dieser Zeit von zwei Seiten bedroht: Auf der einen Seite standen Großindustrie und Großkapitalismus, auf der anderen befanden sich

die Gewerkschaften zusammen mit dem Sozialismus und Marxismus. Der Mittelstand war auf dem Weg, in die Arbeiterklasse integriert zu werden. Dieser bedrohte Mittelstand strebte danach, seine Eigenart wie auch seine Klassenzugehörigkeit zu bewahren, was als sehr frustrierend empfunden wurde. Aber bei dieser Selbstbehauptung war der revolutionäre Weg ausgeschlossen, und in irgendeiner Form mußten konservative Ideen aufgegriffen werden. Dieses Gefühl der Frustration im Mittelstand führte unter den Betroffenen jedoch nicht zu einer gemeinsamen Lösung. Einige blieben ihren konservativen Parteien treu, und andere zogen ein radikaleres Verhalten vor und wollten die sozialistische Arbeiterbewegung mit Gewalt unterdrücken.

Der Antisemitismus, der sich als eine vorgeblich ‚wissenschaftliche Erklärung‘ der Probleme der Zeit verbreitete, wurde in Skandinavien als eine ausländische Erscheinung betrachtet, die nur kleinere Gruppen erfassen konnte. Es war vor allem die antikommunistische Propaganda, mit der Faschisten und Nationalsozialisten kleinere Erfolge in den skandinavischen Ländern erzielen konnten. Diese antidemokratischen Gruppen von faschistischem oder nationalsozialistischem Gepräge wurden Ende der dreißiger Jahre mehr und mehr isoliert und mit ihren ausländischen Vorbildern identifiziert. Um dieser Identifikation mit dem deutschen Nationalsozialismus zu entgehen, versuchten sie, die Namen und Symbole der Parteien so authentisch skandinavisch wie möglich zu gestalten.

In Schweden wählte man deshalb Gustaf Wasa, der die Selbständigkeit Schwedens gegenüber der Nordischen Union 1523 durchgesetzt hatte, als Vorbild der Nation, und die Garbe des Wasawappens trat an die Stelle des Hakenkreuzes, oder es wurde in die Garbe zusätzlich hineingelegt. Dagegen änderte sich nichts an der antidemokratischen und antiparlamentarischen Einstellung¹.

2. Schweden

In der schwedischen Kirche waren viele Richtungen vertreten: Es gab eine „niederkirchliche“, pietistisch gefärbte Richtung. Dazu zählte z.B. die Evangelische Vaterlandsstiftung (Evangeliska Fosterlandsstiftelsen), die Bibelfreunde (Bibeltrognä vänner) und der Missionsverein Ost-Smålands (Östra Smålands missionsförening). Auch der Gedanke der Volkskirche, den Billing und Söderblom entfaltet hatten und der in der Kirche das Handeln Gottes am schwedischen Volk betonte, war in den dreißiger und vierziger Jahren noch sehr lebendig. An der Westküste Schwedens herrschte die im 19. Jahrhundert begründete „Altkirchlichkeit“ vor, die auch in den Stiften von Växjö, Skara und Lund vertreten war. Mit neuer Lebenskraft verbreitete sich in den 1930-er Jahren auch die Hochkirchlichkeit, eine kirchliche Richtung des späten 19. Jahrhunderts.

¹ Eric Wärenstam, *Fascismen och nazismen i Sverige 1920–40. Studier i den svenska national-socialismens, fascismens och antisemitismens organisationer, ideologier och propaganda under mellankrigsåren* (Uppsala 1970) 177; im folgenden zitiert: *Wärenstam, Fascismen*.

Die von der Staatskirche unabhängigen protestantischen Erweckungsbewegungen, überwiegend angelsächsisch orientiert, waren nicht zur Zusammenarbeit mit der Staatskirche bereit.

Dem Staat gegenüber war die schwedische Kirche relativ selbständig. Sie hatte aber kein Organ, um sich offiziell vertreten zu lassen, abgesehen vielleicht vom Kirchentag. Die Bischofssynode hatte keine offizielle Funktion, dennoch wurde sie praktisch zum offiziellen Sprachrohr der schwedischen Kirche. Die in der Verfassung und der Tradition begründete starke Stellung der schwedischen Bischöfe als Kirchenführer ließ natürlich von ihnen erwarten, daß sie gegen Übergriffe totalitärer Staaten in bezug auf kirchliche Angelegenheiten protestierten. Ein solcher Protest war z. B. die Botschaft vom 1. Advent 1942 gegen die Judenverfolgungen.

Dem allgemeinen schwedischen Pfarrverein (Allmänna svenska prästföreningen = ASP) gehörten 1940 etwa 75% aller Pfarrer der schwedischen Kirche an (etwa 2400 Mitglieder). Er nahm die Rechte der Pfarrer als eine Art Berufsorganisation wahr. Der ASP wurde in der Zeit von 1907 bis 1936 von zwei starken „altkirchlichen“ Bischöfen geleitet, Ludvig Lindberg und Sam Stadener. Generalsekretär war von 1907 bis 1942 Probst Per Pehrsson. Lindberg und Pehrsson wurden immer mehr als Wortführer der konservativen Gruppen in der Kirche angesehen². Auch Sam Stadener war von ausgeprägter „altkirchlicher“ Haltung von schartauanischem und westschwedischem Gepräge. Stadener und Pehrsson waren „konsequent deutschfreundlich“³.

Das Schwedische Kirchenblatt (Svensk Kyrkotidning = SKT) war das Genossenschaftsblatt der Pfarrer und stand dem Pfarrverein nahe. Dieses Blatt nahm zusammen mit der Göteborgs Stiftszeitung nach Hitlers Machtübernahme eine deutlich pronationalsozialistische Haltung ein⁴. Den Traum vom ‚starken Mann‘, der die Mängel der Zeit beheben soll, finden wir auch hier.

1938 trat der ASP kollektiv der nordischen Vereinigung Pro Deo bei. Pro Deo wurde bei der Gründung als „ein skandinavischer Verein gegen die Gottlosigkeit“ bezeichnet, der in nichtkommunistischen Ländern unter den Christen rein kirchlich und ohne politische Absichten zu arbeiten beabsichtigte⁵. Über den evangelischen Ausschuß war der ASP außerdem dem Lutherischen Weltkonvent und dem Protestantischen Weltbund angeschlossen. Der evangelische Ausschuß gab gemeinsam mit dem schwedischen Landeskomitee des Lutherischen Weltkonvents die Quartalsschrift „Kirchen unter dem Kreuz“ (Kyrkor under Korset) heraus. Der Probst in Lund, Lars Wollmer, war Redakteur, und die Auflage betrug etwa 14 000 bis 17 000 Exemplare. Diese Zeitschrift wurde wegen ihrer naiven pro-

² Clarence Nilsson, Sam Stadener som kyrkopolitiker (Uppsala 1964) 89, 178; im folgenden zitiert: Nilsson, Sam Stadener som kyrkopolitiker.

³ Nilsson, Sam Stadener som kyrkopolitiker 110.

⁴ Nils Kristenson, Sociala och politiska frågor i svensk kristen samfundspress under 1930-talet, in: Religion och kyrka i 1930-talets sociala kris (Uppsala 1976) 73.

⁵ Svenska Kyrkans Årsbok (1938) 185; ASP: s. Jahresprogramm 1938, 1, 12, 23.

nationalsozialistischen Äußerungen vielfach kritisiert. In den dreißiger Jahren war der ASP ausgesprochen anti-ökumenisch und stark auf das Luthertum konzentriert.

Daß es aber Schweden mit seinen historischen Traditionen und traditionellen Verbindungen zu Deutschland schwer fiel, eine gemäßigte und durchdachte Haltung zu den neuen Geschehnissen zu finden, ist nicht ganz unverständlich. Es führte u. a. dazu, daß die schwedische Delegation des Protestantischen Weltbundes im Oktober 1940 beschloß, die Lutherakademie in Sondershausen finanziell zu unterstützen⁶. „Die Landesgruppe des Protestantischen Weltverbandes hat in ihrer Oktobersitzung 1940 beschlossen, für den Fortbestand des Verbandes nach Kräften einzutreten und an der Vorbereitung der zu erwartenden Aufgaben des Protestantismus in der Neugestaltung des zwischenkirchlichen Lebens nach dem Kriege bewußt teilzunehmen. Als einen praktischen Schritt in dieser Richtung befürwortet die schwedische Landesgruppe den korporativen Beitritt des Protestantischen Weltverbandes zur Lutherakademie und die Teilnahme an den ökumenischen Tagungen dieser Akademie in Sondershausen. Die schwedische Gruppe übernimmt die Bereitstellung des dazu notwendigen Beitrages. Der Präsident des Verbandes hat die Anregung der schwedischen Landesgruppe mit herzlichem Dank aufgenommen und seine Zustimmung zum Beitritt des Verbandes zur Lutherakademie erteilt.“⁷ Erzbischof Erling Eidem hatte 1932 nach großem Zögern den Vorsitz dieser Akademie akzeptiert in der Absicht, der isolierten deutschen Kirche eine Verbindung zur Außenwelt zu geben⁸. Man hat aber auch gemeint, Eidem sei stattdessen von der nationalsozialistischen Propaganda ausgenutzt worden. Der korporative Beitritt wurde von diesen Gruppen heftig kritisiert.

3. Nationalsozialistische Zuneigung

An der Westküste Schwedens gewannen die Lehren des Nationalsozialismus in kirchlichen Kreisen am leichtesten Gehör. Hier herrschte von alters her eine tiefe und ernste Frömmigkeit mit stark konservativen Zügen. Ende der zwanziger Jahre hatte man sich hier gegen die liberale Theologie gewehrt und sich für die Beibehaltung des Katechismus als Schulbuch eingesetzt⁹. Viele, die an diesem Kampf teilgenommen hatten, setzten sich später für den Nationalsozialismus ein. Dafür gab es mehrere Gründe, sowohl die Moralauffassung als auch das Führer-

⁶ Protestantische Rundschau Nr. 1 (1941) 23.

⁷ *Elis Malmeström*, Världslutherdomen finner sin form (Stockholm 1967) 172.

⁸ *Nils Karlström*, Kyrkan och nazismen. Ekumeniska aktioner mot nazismen 1933–1934 (Uppsala 1976) 115f.; im folgenden zitiert: *Karlström*, Kyrkan och nazismen; *Anders Nygren*, Sanningen om „kyrkonazismen“ (Lund 1946) 8ff.; *Eino Murtorinne*, Norden och Lutherakademierna i Sondershausen 1932–1943, in: Nordisk lutherdom över gränserna (Lund 1972) 185/211f.; *Gunnar Appelqvist*, Luthersk samverkan i nazismens skugga. Sverige och Lutherakademierna i Sonderhausen 1932–1945 (Uppsala 1993).

⁹ *Wärenstam*, Fascismen 130. Göteborgs Stiftstidning Nrn. 1; 3 (1930).

prinzip wurden begrüßt. Ein soziologischer Versuch, dieses Phänomen zu deuten, betont, daß der ‚Kirchennazismus‘ als Extremvariante im westlichen und südlichen Schweden ein Zeichen der Anpassungsschwierigkeiten an die moderne demokratische Gesellschaft gewesen sei. Dieser theologische und kirchliche Konservatismus West- und Südschwedens hatte seine Wurzeln in der alten Ständegesellschaft der Zeit vor der Parlamentsreform von 1865/66 und orientierte sich an der politischen Ideologie der Agrargesellschaft. Die Entwicklung der Gesellschaft ging im allgemeinen weiter, aber die Kirche unterstützte in diesem Fall die Reaktion. Diese Verbindung blieb solange bestehen, bis die ethischen Gebote des Katechismus so erklärt wurden, daß sie im Kontext der modernen Gesellschaft einen Sinn bekamen¹⁰.

Zu dieser Richtung gehörten der Pfarrer Ivar Rhedin aus Säve bei Göteborg und der Schriftleiter und schwedische Lektor der Universität Wien, Malte Welin aus Göteborg. Da Rhedin zugleich Redakteur der Kirchenzeitung „Göteborgs Stiftstidning“ war, galt er als einer der Hauptvertreter der westschwedischen Religiosität zu dieser Zeit. Rhedin war mit der schwedischen konservativen Partei (Högern) unzufrieden, die 1930 an der Regierung war und seiner Meinung nach der Linken dauernd Zugeständnisse machte. Rhedin stellte deshalb die Gründung einer neuen politischen Partei in Aussicht, die den wahrhaft kirchlich-konservativen Kreisen eine Heimat bieten sollte. Auf einer Versammlung in Göteborg habe man, schrieb Rhedin, bereits den Beschluß gefaßt, eine solche Partei zu gründen¹¹.

Die ausgesprochen konservative finnische Lappo-Bewegung scheint die Parteigründung in Westschweden beeinflußt zu haben¹². Am 8. Juli 1930 wurde die schwedische kirchliche Volkspartei auf einer Versammlung im Pfarrseminar von Göteborg gegründet¹³. Die Mitgliederzahl war jedoch sehr gering, wenn Rhedin auch so tat, als sei sie befriedigend. Im Parteiprogramm heißt es: „Sofern die Interessen des Vaterlandes und der Kirche es erfordern, sind wir eindeutig konservativ, wir lehnen aber jeden Konservatismus um seiner selbst willen ab. So sind wir bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die gebührende Rücksicht auf die Sache, für die wir kämpfen, nimmt.“ Im Parteiprogramm lehnte man Belohnungen sowie Übergriffe der Parteien und geheime Einflüsse ab, verurteilte alle Formen des Klassenkampfes bei den Extremisten der Rechten wie der Linken. Die Partei wollte die Erhaltung des Königtums, des Katechismus, des Privateigentums und der Freiheit der Arbeit. Man war gegen die Säkularisierung der Schule, gegen Monopolbildung auf dem Arbeitsmarkt, gegen staatsgefährdende Streiks und gegen die Kräfte, welche die sittliche Kraft des Volkes zu zerstören drohten. Die Partei forderte eine stärkere Regierungsmacht. In einem späteren Artikel, ebenfalls in der Stiftszeitung, wandte man sich gegen den Parlamentarismus. Dieses

¹⁰ *Berndt Gustafsson*, Kyrkonazismen, in: *Libertas* (1946).

¹¹ Göteborgs Stiftstidning Nr. 24 (1930).

¹² Göteborgs Stiftstidning Nr. 26 (1930).

¹³ Göteborgs Stiftstidning Nr. 28 (1930).

Programm muß als kirchlich konservativ bezeichnet werden und wies Affinitäten zu nationalsozialistischen Gedankengängen auf.

In der ‚Judenfrage‘ allerdings verhielt sich die Stiftszeitung gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie kritisch. Sie distanzierte sich vom Rassenhaß und meinte, vor Christus bestehe kein Unterschied zwischen jüdischer und arischer Rasse. Die Partei wollte nichts mit dem Antisemitismus Ludendorffs zu tun haben, der das ganze Alte Testament und große Teile des neutestamentlichen Christentums verdammt. Wenn nur die Juden die Kirche respektierten, so könne die Kirche Frieden mit ihnen halten, sie seien anderen Dissidenten gleichzustellen¹⁴.

1931 gab die Stiftszeitung mit offenkundiger Zustimmung einen Artikel der „Allgemeinen ev.-luth. Kirchenzeitung“ wieder, in dem die Nationalsozialisten aufgefordert wurden, Schule, Christentum und Bibel unangetastet zu lassen¹⁵.

1932 begann die Stiftszeitung, nationalsozialistische Wahlanzeigen zu drucken, sie trieb auch Propaganda für die schwedische kirchliche Volkspartei. Sie rief die kirchlich Gesonnenen in Westschweden, die dem bekennnistreuen Christentum größeren Einfluß im Reichstag wünschten, auf, für die Kirchliche Volkspartei zu stimmen. Auf ihren Wahllisten standen überall Pfarrer an erster Stelle. Der Erfolg der neuen Partei war jedoch nicht groß. In vier Wahlkreisen brachte man es auf 9000 Stimmen, was nicht zu einem Mandat reichte¹⁶.

Die Stiftszeitung zeigte Verständnis für die nationalsozialistischen Demonstrationen in Deutschland. Den deutschen Kampf gegen Bolschewisten, Marxisten und Kulturradikale beurteilte sie als eindeutig positiv. Rhedin tadelte die schwedische Presse für ihre fast einstimmige Ablehnung Hitlers, der eines der höchsten Ämter in einem Schweden freundlich gesonnenen Lande bekleidete. Man müsse ihm eine Chance geben zu zeigen, wofür er eintrete. Die Pläne, eine Reichskirche in Deutschland zu gründen, fand Rhedin allerdings bedenklich, er meinte jedoch, die Bekenntnistreuen müßten sich vor allem hüten, was das Grundbekenntnis der Kirche bedrohe. – Was in Deutschland geschah, wurde also von dieser freundlich eingestellten Gruppe auch nicht ausschließlich positiv bewertet. Im Herbst 1933 reiste Rhedin selber nach Deutschland. Er kehrte voller positiver Eindrücke zurück und scheint die Erklärungen der deutschen Propaganda völlig akzeptiert zu haben, d. h. er glaubte, daß die Gewalt- und Greuelthaten nur Begleiterscheinungen der Neuordnung waren und bald vorübergehen würden. Göteborgs Stiftszeitung verbreitete die Legende von dem freundlichen, guten und puritanischen Hitler.

Die Entwicklung Rhedins und der Stiftszeitung in nationalsozialistischer Richtung setzte sich bis in die Kriegsjahre hinein fort. Rhedin erhielt Verweise für politische und prodeutsche Propaganda. Das Oberlandesgericht von Westschweden konstatierte bei einer Gelegenheit, er habe sich nicht so ausgedrückt, wie man es von einem Mann in seiner kirchlichen Stellung zu erwarten habe¹⁷.

¹⁴ Göteborgs Stiftstidning Nr. 30 (1930).

¹⁵ Göteborgs Stiftstidning Nr. 12 (1931).

¹⁶ Göteborgs Stiftstidning Nrn. 38; 39 (1932).

¹⁷ *Wärenstam*, *Fascismen* 134.

Der rechtskonservative Teil der Altkirchlichen in Westschweden suchte also Unterstützung für seine Ideale im Nationalsozialismus. Sprachrohr dieser Gruppe war vor allem Göteborgs Stiftstidning und Dagsposten, die der schwedische Lektor in Wien, Malte Welin, leitete. Wer in den kirchlichen Kreisen Westschweden nicht mit diesen Ideen sympathisierte, schloß sich an die Kreise der Zeitschrift Kirche und Volk an, die die Frömmigkeit altkirchlicher Prägung Westschweden fördern wollten, ohne in Deutschland Unterstützung zu suchen.

Auch die schwedische Kirchenzeitung (Svensk Kyrkotidning) äußerte sich bis zum August 1938 vorbehaltlos deutschfreundlich, dann trat ein neuer Redakteur ein, der diese Tendenz dämpfte.

4. Ablehnung des Nationalsozialismus

Eindeutig anti-nationalsozialistisch trat u. a. die Zeitschrift der Ökumenischen Kommission, Gemeinschaft der Christen (Kristen Gemenskap), auf. Zwar war die Auflage dieser Zeitschrift klein, sie hatte 1938 insgesamt 681 Abonnenten, 101 davon in Dänemark, 27 in Finnland, 33 in Norwegen und 520 in Schweden, aber die Qualität der Mitarbeiter und der Abonnenten wog dies teilweise auf¹⁸. Diese Zeitschrift berichtete in fast jedem Heft in Form einer Chronik in Fortsetzungen über den deutschen Kirchenstreit. 1938 enthielt sie einen Aufruf zur Aufnahme der Juden, die zur Auswanderung gezwungen waren, unterzeichnet vom sozialen Ausschuß der Diakonieverwaltung, dem Flüchtlingskomitee der ökumenischen Kommission und der schwedischen Israelmission, sowie einen Aufruf gegen die antisemitische Propaganda, in dem man Pfarrer und Gemeinden zum Eingreifen aufforderte. Letzterer wurde von Bischöfen und Theologieprofessoren unterzeichnet. Aber noch im Jahre 1939 versuchte die Gemeinschaft der Christen (Kristen Gemenskap), der Entwicklung in Deutschland Verständnis entgegenzubringen und abzuwarten. Während des Krieges wurde man dann von kirchlicher Seite dazu gezwungen zu erkennen, daß die Kirche als ethische Autorität große Probleme mit dem Staat als politischer Korporation hatte. Bischof Gustaf Aulén wandte sich in einem Artikel 1941 gegen die Auffassung des Staates als einer über christlichen Normen stehenden Schöpfungsordnung¹⁹. Der Kirche wurde allgemein das Recht und die Pflicht zugesprochen, gegen einen ungerechten Staat zu protestieren.

Man distanzierte sich in derselben Nummer von „Gemeinschaft der Christen“ auch von Althaus' Schrift über Luther und die Politik. In der Folge wurde man sich zudem der Notwendigkeit eindeutiger theologischer Definitionen und Stellungnahmen bewußt.

Anläßlich des drohenden Konfliktes der Großmächte erwogen Erzbischof Eidem und der norwegische Bischof Berggrav den Gedanken eines ökumenischen

¹⁸ Kristen Gemenskap (1938) 41.

¹⁹ Kristen Gemenskap (1941) 45.

Kirchenrats aller skandinavischen Kirchen²⁰. Berggrav kam in mehreren Artikeln darauf zurück, u. a. wollte er eine skandinavische Konferenz einberufen, auch schlug er ein konstruktives Kirchenprogramm vor²¹. Noch im Jahre 1940 setzte sich Berggrav mit konkreten Vorschlägen für eine christliche Friedensalternative ein²².

5. Erzbischof Eidem als Repräsentant der schwedischen Kirche

Die Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland waren seit Jahrhunderten eng. „Deutschland hat Schweden Luther gegeben und Schweden hat Deutschland Gustav II. Adolf gegeben“, wie Adolf Deissmann in einem Vortrag beim Gustav Adolf-Jubiläum 1932 das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ausdrückte. Die Evangelische Kirche Deutschlands wurde allgemein in Schweden als Mutterkirche der Reformation gesehen.

Die ökumenische Bewegung, die seit Anfang des Jahrhunderts an Interesse und Bedeutung stark zugenommen hatte, strebte nach Solidarität mit den Glaubensbrüdern anderer Kirchen. So hatte auch die Renaissance der Lutherforschung dieses starke Gefühl von Gemeinschaft noch unterstrichen. Nach der ökumenischen Versammlung in Stockholm 1925 war das ökumenische Interesse und Engagement Schwedens anerkannt. Die Wirksamkeit des schwedischen ökumenischen Ausschusses sowie die Teilnahme Schwedens an der Arbeit des Lutherischen Weltkonvents und des Weltkirchenrates verstärkten diesen Anschein.

Aus diesen Gründen wurde die Entwicklung des Nationalsozialismus in Deutschland in Schweden genau beobachtet. In der Zeitschrift „Gemeinschaft der Christen“ (Kristen Gemenskap), die den ökumenischen Gedanken in den vier skandinavischen Ländern vertrat, wurde das Geschehen in Deutschland kritisch beurteilt. Der Nationalismus und seine Folgeerscheinung, wie man es sah, der Antisemitismus, wurden in ganz Skandinavien besonders scharf verurteilt²³. Im April 1933 erschien ein Aufruf gegen die jüdenfeindliche Propaganda, der den Gegensatz zur christlichen Nächstenliebe hervorhob²⁴. Am 3. April 1933 ließ Eidem als Vorsitzender des schwedischen ökumenischen Ausschusses einen Brief an den Evangelischen Kirchenausschuß Deutschlands senden. In diesem Schreiben steht zum Schluß: „Wir beten und hoffen, daß es den deutschen evangelischen Kirchen mit Gottes Hilfe möglich sein wird, für die echtchristlichen Grundsätze erfolg-

²⁰ Kristen Gemenskap (1938) 101.

²¹ Kristen Gemenskap (1939) 183; 208.

²² Kristen Gemenskap (1940) 57; *Eivind Berggrav*, *Forgjeves for fred* (Oslo 1960) 112–160.

²³ *Manfred Björkquist*, *Den kristne och nationalismen* (Stockholm 1933).

²⁴ Kristen Gemenskap (1933) 70–72.

reich zu wirken, für die Sie in Ihren [sic] Kundgebung vor den letzten Wahlen eingetreten sind. Je mehr des Hasses, desto mehr Liebe!“²⁵

Erzbischof Eidem, der sein Amt 1931 als Nachfolger Nathan Söderbloms angetreten hatte, nahm in der Zeit vor dem Krieg und während desselben intensiv an der internationalen ökumenischen Arbeit teil, die vom Weltkirchenrat und dessen verschiedenen Organisationen betrieben wurde. Sein ökumenisches Interesse und seinen Einsatzwillen bewies er, als er seine eigenen Bedenken überwand und Hitler 1934 zu einer persönlichen Audienz besuchte, um ihm ins Gewissen zu reden.

Andererseits hat man ihm vorgeworfen, daß er sich im Namen der schwedischen Kirche in internationalen und kirchenpolitischen Fragen nicht mit mehr Kraft äußerte. Eidems Haltung wird aber verständlich, wenn man bedenkt, wie viele Interessenrichtungen in der schwedischen Kirche vorhanden waren. Das erschwerte es dem Erzbischof außerordentlich, die gesamte Kirche zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu vereinen. Hinzu kommt, daß der schwedische Erzbischof keinen ausgesprochen konstitutionellen Vorrang hat, sondern allgemein als „*primus inter pares*“ auftritt. Eidem hielt sich, vielleicht deshalb, konsequent von öffentlichen Kundgebungen zurück. Etwas ganz anderes war es, wenn er sich als Mitglied des Bischofskollegiums äußerte. Dieses nahm in zahlreichen Verlautbarungen zu aktuellen politischen und ethischen Fragen Stellung.

So befand sich Schweden im Zweiten Weltkrieg als neutrales Land und mit einer evangelisch-lutherischen Staatskirche religiös und politisch in einer wirklichen Sonderstellung.

6. Theologische Gedankenwelt

Allgemein läßt sich sagen, daß man in Schweden wie in Deutschland theologisch gleichermaßen unvorbereitet war, der nationalsozialistischen Ideologie entgegenzutreten. Daß diese Hilflosigkeit in Schweden weniger schwere Folgen als in Deutschland hatte, lag zunächst daran, daß Schweden in geographischer, politischer und theologischer Hinsicht abseits vom Zentrum der Ereignisse blieb. Die schwedische Universitätstheologie war von alters her eng mit Deutschland verbunden; daran hatten auch die Auseinandersetzungen des Ersten Weltkrieges nichts geändert. Deutschland wurde als Heimat des Luthertums betrachtet, die Fachliteratur der schwedischen Theologie stammte deshalb hauptsächlich aus Deutschland²⁶. Da viele der großen deutschen Theologen sich zunächst positiv zu den Umwälzungen in Deutschland äußerten oder sich wenigstens abwartend ver-

²⁵ *Eino Murtorinne*, Erzbischof Eidem zum deutschen Kirchenkampf 1933–1934 (Helsinki 1968) 87.

²⁶ *Gustaf Wingren*, Deutscher Einfluß auf Kirche und Theologie in Schweden 1870–1933, in: Nicht nur Strindberg, hrsg. von *Helmut Müssener* (Stockholm 1979) 150–159; *Eino Murtorinne*, Den nordiska lutherdomen i den politiska situationen efter 1933, in: *Nordisk lutherdom över gränserna* (Lund 1972) 173.

hielten, war es für ihre schwedischen Kollegen nicht leicht, die Folgen der Ereignisse in Deutschland theologisch und dogmatisch recht zu bewerten²⁷.

Die wichtigsten theologischen Erfahrungen, die die schwedischen Theologen während der dreißiger Jahre gemacht hatten, erschienen 1942 im Sammelband „Ein Buch über die Kirche von schwedischen Theologen“²⁸. Die wichtigsten Artikel stammen von Anders Nygren „Staat und Kirche“ und von Gustaf Aulén „Kirche und Rechtsordnung“. Beide behandeln das Problem der politisierten Theologie, die sie ablehnen. Nygren stellt in seinem Artikel eindeutig fest, daß es eine „lutherische Staatslehre“ im eigentlichen Sinne nicht gibt, denn Luther kannte keinen Staat im modernen Sinne. Es gibt nach Nygren keinen Teil des Daseins, in dem Gott nicht wirksam ist: „Sowohl im geistlichen wie auch im weltlichen Bereich haben wir es mit Gott zu tun.“²⁹ Daraus folgt für ihn: „Es ist zutiefst demütigend festzustellen, welch schwaches und zerbrechliches Gefäß die Theologie ist und wie leicht sie unter die Herrschaft fremder Anschauungen gerät, die in der Gegenwart auftreten. Selbstverständlich wäre es für manche politische Moderichtung ein höchst unbehaglicher Gedanke, daß sich das weltliche politische Leben einem anderen Willen, dem Willen Gottes zu beugen habe, und ganz offenkundig paßt die Theorie von der Eigengesetzlichkeit des Politischen wesentlich besser zur heutigen machiavellistischen Gewaltpolitik. Deshalb aber Luther zu einem Fürsprecher für den säkularisierten Gedanken der Eigengesetzlichkeit des Politischen zu machen, ist jedoch eine allzu groteske Fälschung.“³⁰ „In der Ausübung der staatlichen Macht gibt es, wie in jedem anderen Bereich, zwei Möglichkeiten: entweder dem Fürsten dieser Welt oder Gott zu dienen. Das erste ist der Fall, wenn man die Macht nur um ihrer selbst willen gebraucht. In der Macht liegt eine furchtbare Versuchung, die Versuchung zu Selbstsucht und Selbstherrlichkeit.“³¹

Aulén betrachtet in seinem Artikel die Säkularisierung als eine wichtige Ursache für die Veränderung der Rechtsbegriffe. Das Gebot der Nächstenliebe ist die Grundlage der christlichen Lehre, und wenn es verdrängt wird, gerät das ganze Rechtssystem ins Wanken. Nach Aulén ist es daher Aufgabe der Kirche, dafür zu sorgen, daß der Staat sich an die von Gott gegebene Rechtsordnung hält, und zwar gehört das zu der dienenden Funktion der Kirche³².

„Die Frage des Rechtes und der Rechtsordnung ist in unserer Zeit äußerst aktuell. Wir erleben eine solche Brutalisierung des Lebens, wie wir sie vor nur wenigen Jahrzehnten nicht für möglich gehalten hätten. Werden diese brutalen Handlungen im Namen des Rechts vollzogen, womit sie beanspruchen, mit den

²⁷ *Karlström*, *Kyrkan och nazismen*, bes. Kap. III u. IV; *Klaus Scholder*, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd I. (Frankfurt a.M. 1977) 685.

²⁸ *En bok om kyrkan av svenska teologer* (Stockholm 1942); im folgenden zitiert: *En bok om kyrkan av svenska teologer*.

²⁹ Ebd. 396.

³⁰ Ebd. 402.

³¹ Ebd. 407.

³² Ebd. 408–422.

Forderungen des Rechts in Übereinstimmung zu stehen, so ist die Frage nach dem Verhältnis der Rechtsordnung zum Gesetz Gottes brennender denn je [...] [Die Kirche] muß das Recht auf die freie Verkündung des Wortes behaupten. [...] Sie läßt sich nicht zum Schweigen zwingen, indem man ihr bedeutet, sie habe nichts mit Politik zu schaffen. Wahr ist daran nur, daß Kirche und Staat jeweils eigene, selbständige Aufgaben haben, daß die Kirche also nicht die Aufgabe des Staates übernehmen kann oder befugt ist, jene Machtmittel zu gebrauchen, die dem Staat zur Verfügung stehen. Dagegen darf der Satz, daß die Kirche keine Politik betreiben soll, nicht so ausgelegt werden, daß die Kirche verhindert ist, für das göttliche Gesetz einzutreten, wenn das weltliche Regiment seine Macht mißbraucht. [...] Aber] die Kirche betrachtet die ihr übertragene Aufgabe nicht als höher als die des Staates. Beide sind nach christlicher Auffassung von Gott gegebene, wesentliche Aufgaben. [...] Wenn die Kirche sich veranlaßt sieht, gegen Kränkungen von Gottes Gesetz Einspruch zu erheben, so bedeutet dies nichts anderes, als daß die Kirche gegenüber dem Staat den ihr aufgetragenen Dienst ausführt, der darin besteht, den Staat an seine eigene hohe Aufgabe und die daraus folgenden Anforderungen zu gemahnen. Sie tut dies in der Überzeugung, daß es keine wichtigere Direktive der Rechtsordnung gibt, als daß sie nach den im Gesetz Gottes angegebenen Richtlinien gestaltet werde.“³³

In seinem Hirtenbrief von 1940 sprach John Cullberg über die Stellung des Christentums in den neuen kulturellen Zusammenhängen, die durch die weltgeschichtlichen Ereignisse entstanden waren³⁴. Auch hier griff er die beiden Hauptprobleme auf, denen wir schon bei ihm begegnet sind: das Neuheidentum und seine Verbreitung innerhalb der sog. Christenheit sowie das Verhältnis von Christentum und Demokratie. Die Zukunft der christlichen Kultur beurteilte Cullberg pessimistisch. Der totalitäre Anspruch moderner Staaten erschien ihm als der Hauptgegner des Christentums. Daraus folgte nach Cullberg aber nicht, daß das Christentum sich mit der Demokratie zu identifizieren hatte. Demokratie und Völkerrecht wurzeln zwar im Christentum, „aber die heutigen Demokratien haben die Verbindung mit den Kraftquellen des christlichen Lebens abgeschnitten, auf die sich ihre Existenz zu Anfang gründete“. Aufgabe der Kirche sei es daher, die säkularisierte Demokratie zur Selbstbesinnung zu bewegen. Ob dies der Kirche gelingen würde, erschien Cullberg indessen zweifelhaft. Nach seiner Auffassung hatte die Demokratie das Christentum zugleich mit dem Ideal der Persönlichkeit verraten und sich einem Kollektivismus verschrieben, auf dessen Boden sich die Diktatur entfalten konnte.

Auf das Verhältnis der Kirche zur Kultur war drei Jahre zuvor auch Bischof Arvid Runestam in einem Hirtenbrief eingegangen. Es sei wichtig, daß die Kirche aktiv am kulturellen Leben teilnehme, nur dürfe dies nicht zum Selbstzweck für die Kirche werden³⁵.

³³ Ebd.

³⁴ John Cullberg, *Herdabrev till Västerås Stift* (Stockholm 1940).

³⁵ Arvid Runestam, *Herdabrev till Karlstads Stift* (Stockholm 1937) 93.

Schlußbemerkungen

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges änderte sich die Lage in Skandinavien. Hitler okkupierte 1940 Dänemark und Norwegen. Mit Hilfe der deutschen Besatzung konnte Quisling mit seiner Partei (Nasjonal Samling) in Norwegen eine politische Rolle spielen. In Dänemark dagegen entwickelten sich die Verhältnisse anders. Hier erlangte Frits Clausen mit der DNSAP keinen größeren Einfluß auf die Ereignisse. In Schweden verstärkte sich die Ablehnung des Nationalsozialismus, teils angesichts der Entwicklung in den Nachbarländern, teils weil das Land nicht direkt in die Kriegshandlungen verstrickt war. Aber die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geführte „Sammlingsbewegung“ hielt zunächst an einer Balance-Politik zwischen den Kriegsgegnern fest, um sich erst Mitte 1943 den alliierten Gegnern Deutschlands zuzuwenden³⁶.

³⁶ Bis 1943 war auch die politische Betätigung im Exil verboten; vgl. *Einhard Lorenz* (Hrsg.), *Ein sehr trübes Kapitel? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933–1950* (Hamburg 1998).